KANTON
LUZERN

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom	21. Oktober 2024
Kantonsratspräsident	Zehnder Ferdinand

B 34 Nachtragskredite zum Voranschlag 2024; Entwurf Kantonsratsbeschluss über die Bewilligung / Finanzdepartement

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat neun Nachtragskredite zum Voranschlag 2024. In der Erfolgsrechnung 2024 sollen Mehrkosten von rund 7 Millionen Franken bewilligt werden, was rund 0,2 Prozent des im Voranschlag 2024 beschlossenen betrieblichen Aufwands entspricht. In der Investitionsrechnung beträgt der zusätzliche Kreditbedarf 11,3 Millionen Franken. Der grössere Teil fällt in den Aufgabenbereichen Immobilien und Volksschulbildung an. Der zusätzliche Mittelbedarf kann mit der Zunahme der Staatssteuererträge finanziert werden. Bei den Immobilien besteht ein Mehrbedarf für die Umsetzung von neuen dringlichen, betrieblich notwendigen oder baulich bedingten Klein-, Mittel- und Grossprojekten. Im Aufgabenbereich Volksschulbildung führt insbesondere eine höhere Anzahl Lernende im Sonderschulbereich zu Mehrkosten. Die weiteren Kredite verteilen sich wie folgt: Bei den Dienstleistungen Personal erhöht sich der administrative und somit der personelle Aufwand aufgrund des höheren Personalbestands. Im Massnahmen- und Strafvollzug steigen die Anzahl der Kostgeldtage und die Kosten pro Tag und bei der Untersuchungshaft (U-Haft) die Fälle. Bei der Gesundheit führen die Anzahl der Weiterbildungen von Assistenzärztinnen und -ärzten zu höhere Kostenfolgen sowie das Angebot von Impfmöglichkeiten und der damit verbundenen Verteilaufgaben und das Apotheken-Assistenzprogramm gegen den Fachkräftemangel zu Mehrkosten. Im ambulanten Bereich gibt es höhere Kosten wegen der steigenden Anzahl von Gesuchen der sozialen Einrichtungen und für den Abbau von Arbeitsrückständen, für den Ausbau der Opferberatung sowie für Stellvertretungsregelungen bei längeren Abwesenheiten. In der Lebensmittelkontrolle können Preissteigerungen beim Produktionsmaterial sowie höhere Stromkosten nicht kompensiert werden. Am 25. und 26. September 2024, im Rahmen der Beratungen des Aufgaben- und Finanzplans (AFP), wurde auch die vorliegende Botschaft B 34 über die Nachtragskredite beraten. Die Kommissionsmitglieder konnten jeweils die Departementsvorsteher und Departementsvorsteherinnen zu den einzelnen Krediten befragen, und am Schluss wurde das Eintreten abgehalten sowie die Schlussabstimmung vorgenommen. Das Eintreten war unbestritten. Die Kommission äusserte sich mehrheitlich kritisch, aber auch mit Verständnis zu den Nachtragskrediten. Sie begrüsste die Reduktion gegenüber dem letzten Jahr jedoch. In Anbracht des zu erwartenden Resultats sind die Nachtragskredite tragbar. Die Kommission genehmigte die Nachtragskredite einstimmig.

Für die Mitte-Fraktion spricht Markus Bucher.

Markus Bucher: Die Mitte-Fraktion nimmt positiv zur Kenntnis, dass die Nachtragskredite in der Erfolgsrechnung in diesem Jahr wieder unter Zehn-Millionen-Grenze gefallen sind. Mit Total 7 Millionen Franken sind sie auf das ganze Ausgabenvolumen gesehen wieder in einem akzeptablen Bereich angekommen. Im Detail sieht es wie folgt aus: Bei der Dienststelle Personal zeichnet sich jetzt bereits im Nachtragskredit ab, dass wir den Personalbestand in den letzten beiden Jahren massiv um jeweils über 5 Prozent ausgebaut haben. Auch der auf 2025 geplante Personalausbau wird wiederum zentrale Kosten zur Folge haben. Leider werden diese indirekten, logischen Folgekosten bei der Personaldiskussion jeweils ausgeblendet. Welche indirekten Auswirkungen der Personalausbau hat, sticht besonders bei der Betrachtung des Betrags von 600 000 Franken für die Personal- und Lohnadministration der Volks- und Musikschullehrpersonen ins Auge. Beim Nachtragskredit Justiz verfolgt uns weiterhin der Dauerbrenner der Kostgeldtage. Für die Problematik der Anzahl Tage bringen wir ein gewisses Verständnis auf. Wir bitten aber die Verantwortlichen einmal mehr, im Bereich Kostgeld-Tarife aktiv zu werden. Es muss möglich sein, bei Eingabeschluss des AFP, also Mitte Juli, genaue Angaben zu erhalten, wie hoch ein Kostgeldtag im nächsten Jahr zu stehen kommt. Im Bereich Volksschulbildung gilt es das Thema Sonderschulen dringend anzugehen. Die Kostenexplosion in diesem Bereich ist nicht nur finanziell belastend. Ausserdem betrifft diese extreme Kostensteigerung auch die Gemeinden. Die Nachtragskredite im Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD) sind für uns nachvollziehbar. Im Weiteren nehmen wir sehr positiv zur Kenntnis, dass im Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement (BUWD) keine Nachtragskredite anfallen. In der Investitionsrechnung wurden in den letzten Jahren keine Nachtragskredite gestellt. Deshalb hat uns der Nachtragskredit von 11,3 Millionen Franken überrascht und erstaunt. Erstaunt hat uns vor allem, dass diese wichtigen und dringlichen Projekte innerhalb eines Jahres neu erkannt, geplant und realisiert werden mussten und konnten. In der PFK wurden uns aber schlüssige Antworten gegeben. Die Mitte tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu.

Für die SVP-Fraktion spricht Roland Küng.

Roland Küng: In der vorliegenden Botschaft wurden neun Nachtragskredite mit einem Gesamtvolumen von 18,3 Millionen Franken gestellt. Trotz weniger Nachtragskreditvolumen als 2023, als dieses 38,9 Millionen Franken betrug, erstaunen aber auch dieses Jahr wieder einige Positionen sehr. Es gilt festzuhalten, dass die Nachtragskredite für die Erfolgsrechnung, welche 0,2 Prozent vom beschlossenen betrieblichen Aufwand abweichen, nicht sehr gross sind. Anders sieht dies aber bei den beantragten Nachtragskrediten für die Investitionsrechnung aus. Hier sind wir mit der Abweichung von 4,2 Prozent definitiv nicht zufrieden. Der SVP-Fraktion fallen ganz grundsätzlich die immer weiter steigenden Personalkosten auf. Nach einer markanten Steigerung im AFP 2025–2028 stellen wir fest, dass schon im Jahr 2024 neue Stellen für verschiedene Departemente geschaffen wurden und Nachtragskredite verlangt werden. Wir sind nicht generell gegen die neuen Stellen und tragen diese in verschiedenen Departementen ja auch mit. Aber das Mengengerüst an sich wirkt immer beängstigender und wird von der Bevölkerung kaum noch verstanden. Sehr kritisch betrachten wir die Nachtragskredite im Aufgabenbereich Immobilien. Wir wissen, dass es im Baubereich zu Nachtragskrediten kommen kann, nein, leider meistens auch kommen wird. Auch dass einmal etwas ausgelöst werden muss, was nicht geplant ist, scheint uns normal. Diese Nachtragskredite sollten aber unserer Meinung nach kompensiert werden können und müssen. Die SVP-Fraktion interessierte es insbesondere, wofür der Nachtragskredit für das Zivilschutzzentrum in Sempach genau ist, und warum die Asyl-Containersiedlung in Triengen nicht ordentlich budgetiert werden konnte. Ähnlich wie

bei den Immobilien verhält es sich bei den Nachtragskrediten zum Aufgabenbereich Volkschulbildung. Auch hier sehen wir im Bereich Sonderschulung im AFP 2025–2028 eine massive Kostensteigerung, welche offenbar schon im Jahr 2024 nicht ausreicht und darum Nachtragskredite gefordert werden. In Anbetracht der Tatsache, dass die Kostensteigerung beim Kanton in diesem Bereich nur die halbe Wahrheit ist – die Gemeinden trifft dies nämlich genauso –, sind hier dringend politische Korrekturmassnahmen gefordert. Mit dem einfachen Satz, dass diese Kosten aus der quantitativen Entwicklung kommen und deshalb nicht kompensiert werden können, ist die SVP-Fraktion nicht mehr zufrieden. Bildung ist ein wichtiges Gut, in welches investiert werden muss. Trotzdem sollte es aber auch hinterfragt werden, um nicht unendlich vorhandene Ressourcen zu schonen und die Mittel in die Bildung so zu investieren, damit ein grösstmöglicher Nutzen für alle vorhanden ist. Zusammenfassend hält die SVP-Fraktion fest, dass es sich bei den Nachtragskrediten um Vergangenheitsbewältigung handelt. Trotzdem sind wir definitiv mit einigen geforderten Nachtragskrediten nicht einverstanden. Es ist unserer Ansicht nach falsch, allen Nachtragskrediten einfach zähneknirschend zuzustimmen und weiterzugehen. Wir treten auf die Vorlage ein, werden aber dem Nachtragskredit über 18,3 Millionen Franken nicht zustimmen.

Für die FDP-Fraktion spricht Heidi Scherer.

Heidi Scherer: Globalbudgets wären auch dafür da, Positionen innerhalb eines Bereichs auszugleichen, wenn der Bedarf an einem Ort über dem Budget und am anderen Ort unter dem Budget liegt. Gelingt dies nicht, gibt es Nachtragskredite. Diese liegen vor uns. Sie sind für 2024 nicht mehr so hoch wie im Vorjahr, als sie 38,9 Millionen Franken betrugen, sondern noch insgesamt 18,3 Millionen. Das ist schon einmal gut. Trotzdem gibt es Bereiche, die zu Stirnrunzeln Anlass geben: Zum Bereich H0 – Dienstleistungen Personal: Immerhin beträgt der Nachtragskredit 6,2 Prozent des Globalbudgets. Die Umsetzung des IT-Projekts braucht zusätzliches Personal. Dies betrachten wir als eine temporäre Massnahme, so dass nach Inbetriebnahme wieder eine Rückführung erfolgen kann und soll. Zur Lohnadministration der Volks- und Musikschulen: Offenbar besteht hier Handlungsbedarf für Optimierungen. Die vielen Teilzeitpensen in den Lehrerberufen helfen sicher nicht, die Belastung zu mindern. Die FDP-Fraktion erwartet, dass hier in absehbarer Zeit ein Schritt weiter Richtung Digitalisierung und Effizienzsteigerung bei der Lohnadministration erfolgt. Der Bereich Investitionsrechnung Immobilien ist mit 11,3 Millionen Franken Nachtragskrediten beachtlich hoch, immerhin sind dies über 11 Prozent des Globalbudgets 2024. Es stellt sich schon die Frage, ob zum Beispiel die Erneuerung der Treibhäuser der Justizvollzugsanstalt (JVA) Wauwil nicht schon hätte budgetiert werden können oder warum es beim Heilpädagogisches Zentrum (HPZ) Hohenrain zu Verzögerungen kam und eine unzureichende Kreditübertragung aus dem Vorjahr erfolgte. Man kann sich auch fragen, warum die Machbarkeitsstudie für den Ausbau des Standortes des Berufsbildungszentrums Wirtschaft, Informatik und Technik (BBZW) Emmen nicht budgetiert werden konnte, da dies wohl ein Projekt ist, das nicht einfach auftaucht, sondern längerfristig geplant wird. Die Asyl-Containersiedlung in Triengen ist mit 3,77 Millionen Franken beim Nachtrag «Dringliche neue oder vorgezogene Grossprojekte» enthalten. Da aufgrund Verzögerungen nicht mit einer Realisierung in diesem Jahr zu rechnen ist, wird dieser Nachtragskredit dann wohl als Kreditübertragung ins neue Jahr übernommen werden. Der reservierte Betrag darf selbstverständlich gemäss Gesetz über die Steuerung der Finanzen und Leistungen (FLG) nur für das ursprünglich vorgesehene Vorhaben verwendet werden, andernfalls verfällt er. Zum Bereich Dienstleistungen Immobilien: Hier sind es über 30 Prozent des Globalbudgets. Dass nun die Eigenleistungen des Bauprojektleiters der kantonalen Verwaltung am Seetalplatz (KVSE) nicht aktiviert

werden, wie dies budgetiert war, sondern einfach über die Erfolgsrechnung abgehandelt werden, wirft Fragen auf. Zum Bereich H2 – Bildung: Besorgniserregend ist die massive quantitative Zunahme im Bereich der Sonderschulungen. Es ist wohl eine gesellschaftliche Frage, die hier vertieft angegangen werden muss, um im Bereich Verhaltensauffälligkeit beziehungsweise Verhalten und sozio-emotionale Entwicklung das Wachstum zu bremsen. Zum Bereich H5 – Soziale Sicherheit: Hier beträgt der Nachtragskredit 0,26 Prozent des Globalbudgets. Es stellt sich schon die Frage, ob dieser Betrag bei einem Gesamtetat von 113,4 Millionen Franken nicht auch noch hätte kompensiert werden können. Eine Ablehnung der Nachtragskredite macht ja keinen Sinn. Die FDP-Fraktion kann sich eine noch zielgenauere Budgetierung bei gewissen Hauptaufgaben vorstellen. Wenn es immer wieder die gleichen Bereiche sind, die mit Nachtragskrediten kommen, sollte dies analysiert werden. Wir sind uns natürlich bewusst, dass jederzeit Unerwartetes auftreten kann, was dann zu Budgetüberschreitungen führen kann. Mit den Globalbudgets besteht jedoch ein Handlungsspielraum für Kompensationen. Immerhin konnten die Nachtragskredite 2024 wieder auf ein tieferes Niveau als in den Vorjahren reduziert werden. Die FDP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt den Nachtragskrediten insgesamt zu, bei einigen Bereichen jedoch stirnrunzelnd.

Für die SP-Fraktion spricht Priska Fleischlin.

Priska Fleischlin: Wieso Nachtragskredite? Heidi Scherer ging bereits darauf ein: Wurde gut budgetiert? Im Jahr 2024 fallen Mehrkosten an, die zu Nachtragskrediten von 18,3 Millionen Franken führten. Ich werde nicht auf die Details eingehen, da diese bereits erwähnt wurden. Die SP-Fraktion unterstützt die diversen Kosten, da dies zentrale Aufgaben des Kantons sind, und dass bei allgemeinem Wachstum der Wirtschaft die Bevölkerungsanzahl steigt, führt klar zu mehr Ausgaben. Die Regierung hat schlüssige Erklärungen geliefert. Wir nehmen mit Freude zur Kenntnis, dass 36 Assistenzärztinnen und -ärzte mehr als erwartet ausgebildet werden. Auch über das Förderprogramm Apothekerinnen und Apotheker sowie den Ausbau der Opferberatung sind wir erfreut. Wir möchten aber auch auf etwas hinweisen: Die Erfolgsrechnung 2024 wird voraussichtlich einen massiven Ertragsüberschuss von rund 274 Millionen Franken aufweisen. Roland Küng, ich muss auch mit den Zähnen knirschen, aber nicht im gleichen Bereich wie die SVP-Fraktion. Es bereitet uns etwas Zähneknirschen zu sehen, dass offenbar auch im Jahr 2024 zu knapp budgetiert wurde. Diese künstliche Verknappung hat zur Folge, dass wichtige SP-Anliegen einfach hinausgeschoben wurden, um nun zu sehen, dass doch finanzieller Spielraum vorhanden gewesen wäre, und um verschiedene Themen anzugehen, über die wir bei der Beratung des AFP sicher sprechen. Die Nachtragskredite sind jedoch klar tragbar. Wir treten auf die Vorlage ein und stimmen ihr zu.

Für die Grüne Fraktion spricht Fabrizio Misticoni.

Fabrizio Misticoni: Sowohl der Präsident der PFK wie auch meine Vorrednerinnen und Vorredner haben alle Positionen aufgeführt und die kritischen Fragen im Detail erklärt. Wir danken der Regierung und der Verwaltung für Ihre stetigen Bemühungen, budgetgerecht zu agieren. Niemand ist erfreut über Nachtragskredite, das kam auch in den Voten meiner Vorrednerinnen und Vorrednern klar zum Ausdruck. Der Bedarf und die Entwicklungen konnten uns anlässlich der Kommissionssitzung grundsätzlich befriedigend erklärt werden. In Anbetracht der positiven Entwicklung im Vergleich zu den letzten Jahren tritt die Grüne Fraktion auf die Vorlage ein und stimmt den Nachtragskrediten zu.

Für die GLP-Fraktion spricht Claudia Huser.

Claudia Huser: Der grösste Anteil der Nachtragskredite fällt mit 11,3 Millionen Franken im Aufgabenbereich Immobilien an. Es ist leider schon fast zur Regel geworden, dass es in diversen Projekten zu Kostensteigerungen kommt. Dieser Entwicklung stehen wir kritisch

gegenüber und behalten sie im Auge. Im Aufgabenbereich Volksschulbildung wurden im Bereich der Lohn- und Personaladministration effektive Massnahmen vorgenommen; darüber freuen wir uns, auch wenn das zu einem Nachtragskredit geführt hat. Gemäss Aussagen von Betroffenen war es mehr als nur an der Zeit, weil die Qualität zu gewissen Zeiten bedenklich war. Mehrkosten im Volksschulbildungsbereich sind aufgrund des Mengenwachstums eine Tatsache. Alle, die in diesem Bereich arbeiten, wissen, dass nur eine bedingte Planung möglich ist. Was können wir tun? Wir können uns immer darüber beklagen und erklären, dass eine Schätzung schwierig ist. Wir fordern die Regierung weiterhin auf, realistisch zu budgetieren und wo immer möglich Nachtragskredite zu verhindern. Wenn es aber solche braucht, bitten wir Sie, diese uns so zu erklären, dass wir sie auch nachvollziehen können. Das haben Sie dieses Jahr bereits getan. Die GLP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt den Nachtragskrediten zu.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Nachtragskredite sind immer unerwünscht. Dieser Ansicht ist auch die Regierung. Wir haben aber den Grundsatz, keine «Luft» zu budgetieren. Wir versuchen genau zu budgetieren und budgetieren Positionen, die erwartet werden und bekannt sind. Bisher hat in diesem Rat Einigkeit darüber geherrscht, solange sich die Nachtragskredite in einem vernünftigen Mass bewegen – und das tun sie 2024. Die beiden letzten Jahre waren hingegen nicht so toll, dazu stehen wir auch. Ich wäre dankbar, wenn diese Einigkeit, die bisher bestand, auch in Zukunft aufrechterhalten werden kann. Aufgrund der heutigen Äusserungen habe ich aber Zweifel, ob man sich diesbezüglich auch in Zukunft einig ist. Das eine oder andere Votum lässt mich erahnen, dass es gar keine Nachtragskredite mehr geben darf. Persönlich bin ich klar der Meinung, dass wir den bisherigen Weg weitergehen müssen, wenn wir die Budgets tief halten wollen. Zu den einzelnen Positionen: Ich beginne mit den Immobilien und wende mich dabei an Roland Küng. In der PFK haben wir bereits darüber gesprochen, falls aber noch Unsicherheiten bestehen, nehme ich gerne Stellung dazu. Wir wollten bewusst keine Kompensation bei anderen Projekten, weil wir dort keine Verzögerungen hinnehmen wollten. Ich habe auch den Eindruck, dass wir den Auftrag Ihres Rates erhalten haben, bei den Investitionen Prioritäten zu setzen. Ihr Rat hat dies mittels Bemerkungen und verschiedener Voten immer gefordert, und wir haben es umgesetzt. Bei den Investitionsprojekten haben wir versucht, den Fahrplan einzuhalten und keine Verzögerungen aufkommen zu lassen. Zu den Asyl-Containern in Triengen: Dort hat sich die Situation geändert. Nein, es war nicht nötig, das zu budgetieren, weil bis Ende letzten Jahres die Haltung klar war. Die Gemeinde Triengen wollte investieren, und wir sollten mieten. Die Gemeinde Triengen hat jedoch aufgrund von Veränderungen ihre Bereitschaft zurückgenommen. Die Situation im Asylwesen ist Ihnen bekannt. Wir sind auf Plätze angewiesen, auch zukünftig. Deshalb haben wir entschieden, in Immobilien zu investieren und die Miete über die Rechnung der Dienstelle Asyl- und Flüchtlingswesen (DAF) abrechnen zu lassen. Bezüglich der Kosten im Bereich Asylwesen führt das zu keinen Veränderungen. Selbstverständlich wären auch die Mieten, welche der DAF verrechnet werden, analog zu dem, wie wenn die Gemeinde Triengen investiert hätte. Wir haben also versucht, vernünftig zu reagieren. Die Vereinfachungen im Bereich des Besoldungssystems der Lehrpersonen sind unbestritten. Das aktuelle Besoldungssystem der Lehrpersonen ist sehr komplex und oftmals auch für die Lehrpersonen kaum mehr nachvollziehbar. Wir sind aber klar der Meinung, dass wir als Arbeitgeber die Verpflichtung haben, uns so zu organisieren, dass die Auszahlung korrekt vorgenommen werden kann. Das haben wir im Gegensatz zu anderen Kantonen geschafft. Das war aber mit einem Aufwand verbunden. Wir präsentieren Ihnen heute die entsprechende Rechnung. Es wäre schlecht, wenn wir auf der einen Seite die Auszahlung für

berechtigte Besoldungen nicht rechtzeitig schaffen und auf der anderen Seite darüber sprechen, dass wir die Arbeitgeberattraktivität für Lehrpersonen verbessern wollen. Auch dieses Vorgehen war nicht gesucht, aber korrekt. Zur Kostensteigerung im Bereich der Sonderschulen: Ich habe Verständnis für Ihr Anliegen. Sie dürfen davon ausgehen, dass das auch für uns nicht der Wunschsituation entspricht. Deshalb sind wir gemeinsam mit den Gemeinden daran interessiert, die Situation zu verbessern. Insgesamt ist die Regierung der Ansicht, dass sich die Nachtragskredite in einem vernünftigen Mass bewegen. Wir bitten Sie daher, der Vorlage zuzustimmen.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

Antrag Roland Küng: Ablehnung der Vorlage.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Dieser Antrag lag der PFK nicht vor. Die Kommission hat der Vorlage einstimmig zugstimmt.

Roland Küng: Ich gehe nicht mehr auf Details ein. Sämtliche Fraktionen haben sich auch kritisch geäussert. Selbst Priska Fleischlin ging mit mir einig, wenn auch in einem anderen Bereich. Wir hörten Begriffe wie «zähneknirschend», «unverständlich» oder «ablehnend». Die SVP-Fraktion lehnt die Nachtragskredite ab, weil wir der Meinung sind, es müsste alles innerhalb der Globalbudgets möglich sein, wenn dieses über 4,5 Milliarden Franken beträgt. Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu.

Markus Bucher: Die Mitte-Fraktion ist erstaunt über den Ablehnungsantrag der SVP-Fraktion. Wir waren gespannt auf die Begründung, da das Total im Bereich der Erfolgsrechnung eines der niedrigsten der letzten fünf Jahre ist. Nehmen wir sogar noch den Nachtragskredit im Bereich Investitionsrechnung dazu, welcher der SVP-Fraktion als Begründung dient, sind wir noch tiefer als letztes Jahr und sogar tiefer als nur schon der letztjährige Nachtragskredit des Bildungs- und Kulturdepartementes (BDK). Die SVP-Fraktion hat den Nachtragskrediten in den letzten Jahren immer zugstimmt. Ihre Ablehnung sorgt bei uns deshalb für Verwirrung. Für die Mitte-Fraktion ändert sich nichts. Der gesamte Nachtragskredit der Erfolgsrechnung liegt in einem akzeptablen Rahmen, vor allem wenn wir nicht wollen, dass «Luft» budgetiert wird, wie vom Finanzdirektor soeben ausgeführt. Im Weiteren haben wir in den letzten Jahren von der Regierung verlangt, mehr zu investieren. Aus unserer Sicht hat die Regierung die Gelegenheit genutzt und einige sinnvolle Investitionen vorgezogen. Deshalb ist auch das kein Grund für eine Ablehnung. Die Mitte-Fraktion lehnt den Antrag ab.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Zum Votum von Roland Küng: Der Vergleich mit der Gesamtsumme des Budgets ist natürlich nicht zulässig. Eine Kompensation ist nur innerhalb der Hauptaufgabe möglich, und die Budgets sind sehr unterschiedlich. Ganz so einfach ist es also nicht mit diesen 4,5 Milliarden Franken.

Der Rat lehnt den Antrag mit 87 zu 25 Stimmen ab.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Bewilligung von Nachtragskrediten zum Voranschlag 2024, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 87 zu 25 Stimmen zu.